Allgemeine aktuelle Situation geflüchteter Menschen in Reichshof-Süd

Bezirksregierung Arnsberg	Stand 3.11.23	Zugewiesene	351
		<u>Aufnahmeverpflichtung</u>	<u>358</u>
		noch zu erwarten	7

Insgesamt **noch freie Plätze** bei einer sehr dichten Belegung aller Zimmer : **max. 20 PL.**

Bei den derzeitigen Zuweisungsquoten sind in sehr naher Zeit (ca. Mitte NOV. 23) die Kapazitäten erschöpft.

Anerkannte, d.b. im Besitz eines Aufenthaltstitel, leben derzeit in den Flüchtlingsunterkünften und lt. Gesetz sind sie verpflichtet, aus den Flüchtlingsunterkünften auszuziehen:

Odenspiel	19	3
Nespen	2	2
Hotel Zur Post, W'hütte (Ukrainer)	ca. 14-15	
Sängerheim, Brüchermühle	2	2
Olperstr. 17, Brüchermühle		
Aggertal		
Gesamt	38-39	7

Einzigste Handlungsoption der Verwaltung (Abt. Asyl) derzeit ist: Rauswurf von Anerkannnten aus den Flüchtlingsheimen mit der Begründung, dass mit ihrem Auszug die meisten Plätze geschaffen werden

Konkret sollen zw. **13.11-20.11.23 7 Personen aus den Unterkünften ausziehen und da sie bisher noch keine Wohnung gefunden haben, landen sie in der OBdachlosigkeit**

Wer sind die 7 Personen?

Es handelt sich um Flüchtlinge, die sich endlich dieses Jahr Ihren Aufenthalt durch lange und intensive Eigenbemühungen und mit viel Problemen erarbeitet haben (Chancenaufenthalt oder Integration durch Ausb. und Arbeit)

4 Pers. haben einen festen Arbeitsplatz in Waldbröl, Wiehl, Wehrath und Bergneustadt => 2 Personen gehören aufgrund von Homosexualität und oder schwerer Traumatisierung zu der **Gruppe vulnerabler Personen, die einen besonderen Schutz bedürfen !!!**

- ⇒ 1 Pers. sucht Ausbildungsplatz
- ⇒ 2 Personen unbekannt

⇒ **Anerkennung und Belohnung der Gemeinde: OBdachlosigkeit**

Fragen:

1. Die Zunahme der Flüchtlinge war auch den politisch Verantwortlichen unserer Gemeinde schon lange bekannt und damit die Problematik einer Unterbringung absehbar. Welche weitergehenden Vorsorgemaßnahmen wurden bisher von den politischen Verantwortungsträgern der Gemeinde Reichshof, außer dem Aufbau von Containern, geplant bzw. sollen in Zukunft umgesetzt werden? Ist notfalls eine Belegung von Turnhallen in Planung?
2. Was wird unternommen, um die Obdachlosigkeit bei anerkannten Gemeindemitgliedern (und da gehören auch die Ukrainer dazu!) kurzfristig und langfristig zu verhindern?
3. Wie positionieren sich die im Rat vertretenen Parteien überhaupt zu dem Thema Integration von geflüchteten Menschen in der Gemeinde Reichshof? Welche Ziele verfolgt die Gemeindepolitik und mit welchen Maßnahmen sollen diese durch die Verwaltung umgesetzt werden?
4. Wie soll die zukünftige personelle Ausstattung der Abt. Asyl aussehen?
5. Welche Partei ist daran interessiert, sich mit den Flüchtlingshilfen in Reichshof-Süd und Hunsheim auszutauschen und z.B. zusammenzuarbeiten, um z.B. vorherrschenden Vorbehalten- und -urteilen hier in der Gemeinde entgegenzutreten oder bei der Gewinnung weiterer dringend benötigter ehrenamtlichen HelferInnen zu unterstützen?

Spezielle Situation der von Obdachlosigkeit Betroffenen

Situation Obdachlosenunterkunft (Zuständigkeitsbereich Ordnungsamt)

- ⇒ 4 Zimmer mit 2 Etagenbetten, 1 abschliessbarer Spint/ Pers., 1 Kühlschrank / 2 Pers.
- ⇒ Küche ausgestattet mit einem Herd, 1 Spüle, 1 Waschmaschine, 1 Tisch mit 2 Stühlen, 1 Regal
- ⇒ 1 Bad für alle

Haus ist inzwischen sowohl von außen als auch von innen renoviert worden, aber entsprechend seiner Funktion nur sehr minimalistisch ausgestattet, da es nur als Übergangslösung angesehen wird.

Realität in Obdachlosenunterkunft:

Problematik 1:

Unterbringung eines sehr problematischen Mannes mit massiven Drogen- und Alkoholproblemen => Treffen mit Kumpanen, Messverhalten, Aufbrechen anderer Zimmer und deren Zumüllen, Klauen etc.

Lt. Ordnungsamt ist er augenblicklich in der letzten Zeit zwar nicht dort, muss aber immer wieder aufgrund fehlender Alternativen im Haus aufgenommen werden, zusammen mit den arbeitenden Anerkannten.

Problematik 2:

Lt. bisheriger Auskunft sollen 4 Pers. mit unterschiedlichen Arbeitszeiten u.a. (Drei-Schichten) in einem Zimmer untergebracht werden. Es besteht keinerlei Rückzugsmöglichkeit für Regeneration, um weiterhin seine Arbeitsleistung aufrecht erhalten zu können. Das setzt sich fort bei der Nutzung von Küche und Bad.

Problematik 3:

Kontrollen vom Ordnungsamt, was das Menschenrecht auf Privatatmosphäre noch weiter einschränkt und psychisch beeinträchtigt, gerade bei Traumatisierten.

Problematik 4:

Weder das Ordnungsamt noch die Abt. Asyl beantworten Fragen der Betroffenen bzgl. Kosten, evtl. Erweiterung der Ausstattung etc. Jede Abt. verweist auf die andere. Bitten um ein Gespräch mit dem verantwortlichen Entscheidungsträger, um nach einer für alle Seiten vertretbaren Lösung zu suchen und Sorgen zu besprechen, werden ignoriert.

Was bleibt, ist das Gefühl der Entmündigung und der Behandlung als Tier!

Fragen:

1. Ist das das politische Ziel in der Gemeinde Reichshof?
2. Wenn nein, was kann unternommen werden, um es zu ändern?

In die Obdachlosenunterkunft als Übergangslösung sollen jetzt 7 Personen einziehen und müssen dort verbleiben, bis sie eine Wohnung gefunden haben.

ES IST KEINE ÜBERGANGSLÖSUNG!!!!, da von einem langen Aufenthalt in der Obdachlosigkeit auszugehen ist.

Problematiken bei der Wohnungssuche speziell in Reichshof (Erfahrungen von ca. 5 Jahren)

- ⇒ Der Mietwohnungsmarkt in Reichshof ist sehr begrenzt und durch den schlechten ÖPNV noch eingegrenzter
- ⇒ Starke Abwehrhaltungen von VermieternInnen gegenüber alleinstehenden Männern, insbesondere gegenüber Schwarzhäutigen, inzwischen auch gegenüber UkrainerInnen
- ⇒ WBS wird aufgrund der Wohnsitzauflage in Reichshof nur für diese Gemeinde ausgestellt und für eine Nachbargemeinde nur nach Aufhebung durch das Ausländeramt. Diese heben erst nach Zusage einer Wohnung auf, die aber nur erfolgen kann nach Vorlage des WBS = **Katze beißt sich in den eigenen Schwanz**
- ⇒ Der ÖPNV in Reichshof ist so schlecht, dass viele Arbeitgeber schon abwinken, wenn sie hören, jemand kommt aus Reichshof und hat kein Auto. Durch den Ausfall von Personal, hat sich die Situation OVAG weiter verschlechtert. => um 17.00 Uhr fährt der letzte Bus von Waldbröl nach W`Hütte; manchmal fallen Busfahrten morgens aus, sodass die Pers. nicht zur Sprachschule gelangen....

Diese 7 sind erst der Anfang!

Fragen:

1. Was passiert beim nächsten Rauswurf von Anerkannten?
2. Wie will die Polikk die weiter handhaben?
3. Werden auch bei der anerkannten UkainerInnen irgendwann dasselbe Recht angewandt oder erhalten sie weiterhin eine Sonderbehandlung?
Viele UkrainerInnen wollen in der Nähe von Freunden, Familie oder Verwandten bleiben, aber selbst für diesen Personenkreis sind alle persönlichen Bemühungen von Ehrenamtlichen erschöpft.
4. Was unternehmen die politischen Entscheidungsträger gegen dieses Wohnungsproblem?
Es betrifft alle, auch Deutsche und vor allen Dingen Menschen mit geringen Einkommen. In Reichshof fehlen Miet- und Sozialwohnungen, es gibt keine Baugenossenschaften und wenn die Gemeinde Neubaugebiete schafft, fehlen Mietwohnungen und sozialer Wohnungsbau. Es gibt in der Gemeinde reichlichen Leerstand an Häusern und Wohnungen, die auch Mitgliedern des Gemeinderates bekannt sind. Kann das in so schwierigen Zeiten einfach ignoriert werden?

Beantwortung der Fragen der Frau Storat
aus der Fragestunde für Einwohner in der
Ratssitzung am 07.11.2023:

Denklingen
Hauptstr. 12
51580 Reichshof
Zimmer-Nr.: 221
☎ (02296) 801-292
☎ (02296) 801-395
🌐 www.reichshof.de
📧 nils.fischer@reichshof.de

Ihr Ansprechpartner: Nils Fischer

Mein Zeichen: II/50-US

13.11.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehme ich auf die aktuelle Lage im Bereich Asyl/ Migration Stellung. In den letzten Wochen wird das Thema Migration immer potenter in den Medien. Man hört stetig von Diskussionen über Grenzkontrollen, intereuropäischen Verteilerstatistiken und Abkommen mit Drittstaaten um Fluchtgründe zu minimieren.

Um die aktuelle Lage einmal etwas greifbarer zu machen nenne ich an dieser Stelle einige Zahlen um das Ausmaß der aktuellen Lage darzustellen. Hier legen wir zunächst eine Grundlage zum Verständnis. Die meisten Zahlen, die im Zusammenhang mit Asylanträgen genannt werden, differenzieren zwischen sogenannten „Erst- und Folgeanträgen“. Der Unterschied liegt hier bei der entweder erstmaligen Aussprache eines Asylgesuches (etwa jemandem der von Afghanistan nach monatelanger Flucht hier sein Asylgesuch äußert) und jemandem, der sein bereits beendetes Asylverfahren nochmals eröffnen möchte (z. B. jemand der einen Ablehnungsbescheid erhalten hat und durch einen Folgeantrag neue Informationen für sein Asylgesuch aufzeigen möchte).

Im gesamten Jahr 2022 wurden in Deutschland **244.132** Asylanträge (Erst- und Folgeanträge). Zum Stand Juli zeigen Statistiken der Bundeszentrale für politische Bildung. Zum Stand Juli 2023 waren es bereits **233.744** Erst – und **17.469** Folgeanträge. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist dies ein Anstieg der Erstanträge um über **73 %** und ein Absinken der Folgeanträge auf **11%** ¹

Schaut man sich die nähere Historie an erkennt man im weiteren Verlauf, dass NRW seit jeher das Bundesland mit den meisten Asylanträgen ist. So ist es gesichert seit 2016 stets an erster Stelle mit der bloßen Anzahl an Asylanträgen.

Die in Deutschland angekommenen Asylsuchenden werden mittels des sogenannten „Königsteiner Schlüssel“ auf die jeweiligen Bundesländer verteilt. Jedem Bundesland wird hierbei eine Verteilerquote zugeteilt. Dieser richtet sich u.a. nach Einwohnerzahl, Fläche, etc. des jeweiligen Bundeslandes. Hier hat NRW etwa eine Verpflichtung **21,1%** alle in Deutschland ankommenden Asylsuchenden aufzunehmen. Zum Vergleich haben Bundesländer wie Bayern eine Quote von **15,5 %** und ist damit auf Platz 2, gefolgt von Baden – Württemberg mit **13%**. ²

Aktuell befinden wir uns mit den bloßen Asylanträgen auf dem zweithöchsten Wert nach der Flüchtlingskrise von 2015/2016. Dort waren es im Jahr bis zu **745.000** Asylanträge. Stand Oktober befinden wir uns dieses Jahr bei **286.638**. Dies bedeutet konkret für das Land NRW eine Aufnahme von über **54.000** Asylsuchenden. ³

¹ Bundeszentrale für politische Bildung: Asylanträge in Deutschland. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/zahlen-zu-asyl/265708/asylantraege-in-deutschland/>

² Bundeszentrale für politische Bildung: Erstverteilung der Asylsuchenden (EASY). Online abrufbar unter: <https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/AblaufAsylverfahrens/Erstverteilung/erstverteilung-node.html>

³ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen. Online abrufbar unter: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-oktober-2023.html>

Diese 54.000 Personen werden nun auf die jeweiligen ansässigen Städte und Gemeinden in NRW verteilt. Hierbei unterscheiden wir in 2 verschiedene Quoten. Eine Quote für Personen, welche noch in einem laufenden Asylverfahren (oder dieses mit negativem Bescheid bereits durchlaufen haben) sind und Personen, welche ihr Asylverfahren bereits positiv abgeschlossen haben. Aus beiden Quoten erstellt sich die Gesamtquote für die Aufnahme der jeweiligen Kommunen und Städten.

Auf die Gemeinde Reichshof bezogen haben wir aktuell (Stand 3.11.2023) noch eine Verpflichtung 7⁴ Personen im laufenden Asylverfahren und 146 Personen mit abgeschlossenem Asylverfahren aufzunehmen.⁵

Die Gemeinde Reichshof ist damit verpflichtet noch 153 Personen aufzunehmen. Diese Zahlen sind dabei keineswegs als fixer Wert zu verstehen. Mit steigender Anzahl von Asylanträgen werden diese Quoten prozentual auch stetig angehoben. Würde man nun also zum Beispiel noch 7 Personen ohne Aufenthaltstitel zugewiesen bekommen, wäre dieser Teil der Quote zu 100% erfüllt. Es dürften daher keine weiteren Zuweisungen dieses Personenkreises erfolgen. Durch den stetigen Zugang an neuen Asylsuchenden wird die Quote aber deutschlandweit wieder angehoben, sodass wir dann doch wieder z. B 5 weitere Personen aufnehmen müssen.

Aktuell sind die Probleme der Unterbringung und Versorgung der Asylsuchenden in allen Kommunen und Städten des Landes ein erhebliches Problem. Es steht in den wenigsten Fällen genug Wohnraum zur Verfügung, sodass die Verantwortlichen Mitarbeiter gezwungen werden vorhandene Unterkünfte voll zu machen oder ggf. sogar über zu belegen, da neuer Wohnraum kaum zur Verfügung steht. Vor dieser Herausforderung befindet sich auch die Gemeinde Reichshof. Die verantwortlichen Abteilungen arbeiten Hand in Hand an Lösungen für die aktuelle Problematiken. Hier müssen leider auch manchmal schwierige Entscheidungen getroffen werden. Die Bezirksregierungen werden neue Flüchtlinge schicken und können keine Rücksicht auf eventuelle Probleme in den Gemeinden legen. Ein Verringern der Aufnahmezahlen ist nicht zu erwarten und wird auch 2024 wahrscheinlich gleichbleibend groß bleiben.

Die Gemeindeverwaltung arbeitet an Hochtouren an Lösungen für die aktuelle Problemlage und verfolgt aktuelle mehrere Lösungsstränge. Es gibt aktuell jede 2 Wochen ein Treffen der Hauptverantwortlichen um im stetigen Austausch über neue Veränderungen zu stehen, und die Abteilung Asyl und Migration bemüht sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Menschen so gut es in der aktuell sehr angespannten Lage geht zu helfen und diese zu unterstützen.

Nils Fischer

Fragen der Frau Storat aus der Fragestunde für Einwohner in der Ratssitzung am 07.11.2023:

1. Die Zunahme der Flüchtlinge war auch den politischen Verantwortlichen unserer Gemeinde schon lange bekannt und damit die Problematik einer Unterbringung absehbar.

Welche weitergehenden Vorsorgemaßnahmen wurden bisher von den politischen Verantwortungsträgern der Gemeinde Reichshof, außer dem Aufbau von Containern, geplant bzw. sollen in Zukunft umgesetzt werden?

Antwort: Es wurde der Wohnungsmarkt sondiert. Adressen und Kontakte von möglichen zukünftigen Vermietern notiert und von Zeit zu Zeit aktualisiert, so wie sich der Bedarf entwickelt.

Eine Anmietung auf Vorrat – ohne die konkreten zukünftigen Zuweisungen abschätzen zu können – wird nur in sehr begrenztem Umfang vorgenommen.

⁴ Bezirksregierung Arnsberg: Verteilerstatistik. Online abrufbar unter: <https://www.bra.nrw.de/integration-migration/fluechtlinge-nrw/informationen-fuer-kommunen/zuweisung-nach-dem-fluechtlingsaufnahmegesetz>

⁵ Bezirksregierung Arnsberg: Verteilerstatistik. Online abrufbar: <https://www.bra.nrw.de/integration-migration/fluechtlinge-nrw/informationen-fuer-kommunen/zuweisung-von-anerkannten-fluechtlingen-wohnsitzauflage/verteilerstatistik-und-erfuellungsquoten>

1a. Ist notfalls eine Belegung von Turnhallen in Planung?

Antwort: Ja.

2. Was wird unternommen, um die Obdachlosigkeit bei anerkannten Gemeindemitgliedern (und da gehören auch die Ukrainer dazu!) kurzfristig und langfristig zu verhindern?

Antwort: Obdachlosigkeit einzelner Personen oder Familien ist im Regelfall kein Dauerzustand. Für die Unterbringung von obdachlosen Personen sind die Unterkünfte in der Olper Straße in Brüchermühle und der Container im Holunderweg in Denklingen vorgesehen.

3. Wie positionieren sich die im Rat vertretenen Parteien überhaupt zu dem Thema Integration von geflüchteten Menschen in der Gemeinde Reichshof?

Antwort: Die Frage kann von der Verwaltung aktuell nicht beantwortet werden. Nach dem Versenden der verwaltungsseitigen Antworten, die auch an die Parteien des Gemeinderates erfolgt, wird ggfs. von dort geantwortet.

3a. Welche Ziele verfolgt die Gemeindepolitik und mit welchen Maßnahmen sollen diese durch die Verwaltung umgesetzt werden?

Antwort: Nach dem Versenden der verwaltungsseitigen Antworten, die auch an die Parteien des Gemeinderates erfolgt, wird ggfs. von dort geantwortet.

4. Wie soll die zukünftige personelle Ausstattung der Abt. Asyl aussehen?

Antwort: Die Abteilung „Migration und Integration“ besteht aktuell aus der Abteilungsleitung, einer Verwaltungsangestellten, zwei Sozialarbeitern und 2 Hausmeistern. Zum Jahreswechsel wird die Abteilungsleitung wechseln. Herr Krumpholz wechselt auf eine andere Position in der Verwaltung. Herr Fischer, als Sozialarbeiter, wird die Abteilungsleitung übernehmen. Da dieser Wechsel seit August bekannt ist, wird die Stelle eines Sozialarbeiters aktuell zum zweiten Mal öffentlich ausgeschrieben.

5. Welche Partei ist daran interessiert, sich mit den Flüchtlingshilfen in Reichshof-Süd und Hunsheim auszutauschen und z.B. zusammenzuarbeiten, um z.B. vorherrschenden Vorbehalten- und -urteilen hier in der Gemeinde entgegenzutreten oder bei der Gewinnung weiterer dringend benötigter ehrenamtlichen HelferInnen zu unterstützen?

Antwort: Nach dem Versenden der verwaltungsseitigen Antworten, die auch an die Parteien des Gemeinderates erfolgt, wird ggfs. von dort geantwortet.

6. Was passiert beim nächsten Rauswurf von Anerkannten?

Antwort: Die Maßnahmen sind keineswegs als Rauswurf zu verstehen. Die aktuell geschilderte Lage in fast allen Städten und Gemeinden sorgen für große Problemlagen, da die zur Verfügung stehenden Plätze sich dem Ende neigen. Es werden weiterhin wöchentlich Neuzuweisungen erwartet und es MUSS jeder verfügbare Platz ausgereizt werden. Es besteht formell kein Rechtsanspruch der Personengruppen auf einen Platz in unseren Unterkünften. Diese wurden nun zuweilen über Jahre, zumindest aber Monate geduldet. Die Notwendigkeit der Anmietung einer eigenen Unterkunft wurde den Personen bei Ausstellung der Aufenthaltstitel nochmals erläutert.

7. Wie will die Politik die weiter handhaben?

Antwort: Nach dem Versenden der verwaltungsseitigen Antworten, die auch an die Parteien des Gemeinderates erfolgt, wird ggfs. von dort geantwortet.

8. Werden auch bei den anerkannten UkrainerInnen irgendwann dasselbe Recht angewandt oder erhalten sie weiterhin eine Sonderbehandlung?

(Viele UkrainerInnen wollen in der Nähe von Freunden, Familie oder Verwandten bleiben, aber selbst für diesen Personenkreis sind alle persönlichen Bemühungen von Ehrenamtlichen erschöpft.)

Antwort: Die durchschnittliche Verweildauer von ukrainischen Flüchtlingen in unseren Unterkünften ist gemessen an anderen uns zugewiesenen Personen relativ kurz. Viele finden innerhalb weniger Wochen oder Monate eine eigene Unterkunft. Prinzipiell wird bei den Maßnahmen in keinster Weise nach Herkunftsland unterschieden.

9. Was unternehmen die politischen Entscheidungsträger gegen dieses Wohnungsproblem?

(Es betrifft alle, auch Deutsche und vor allen Dingen Menschen mit geringem Einkommen. In Reichshof fehlen Miet- und Sozialwohnungen, es gibt keine Baugenossenschaften und wenn die Gemeinde Neubaugebiete schafft, fehlen Mietwohnungen und sozialer Wohnungsbau. Es gibt in der Gemeinde reichlichen Leerstand an Häusern und Wohnungen, die auch Mitgliedern des Gemeinderates bekannt sind. Kann das in so schwierigen Zeiten einfach ignoriert werden?)

Antwort: Nach dem Versenden der verwaltungsseitigen Antworten, die auch an die Parteien des Gemeinderates erfolgt, wird ggfs. von dort geantwortet.